

n gehört die
bern auch ein
d Strauch mit
hebt sich auch
leuchtend her-
l. Die Früchte
und verbreiten
Zustände sind
vielfache Ber-
kten wird bis
kann da noch
mehr gedeihen.
lah für Dünt-
s nie.

Lehrkurs“

zu besuchen.

Kirchherr.

?

Betrieb gibt es
rs häufig sind
r Behandlung

demäßig, jede
geben? Zum
n Sie ja be-
a Sie das Ge-
age) nicht von

nach, wieviel
heit Sie sparen
m Anfang an
tsanfälligen

verein Calw

stätte

Brennholz

ntner

Bündeln

und

Fern-
precher 160

ung

ch, Neuchhusten
lindert selbst in
sfende

ngenteec.

Apotheken.
e Calw,
benzell.

uhrketten

und preiswert

Obermatt.

erdienst

von pat. Leib-
ungsmittel, bio-
säften und Tees
Bei Leistungs-
rksleitung.

entrenz, Mainz.



Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Sendung
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Die neue Notverordnung unterzeichnet

Ein umfangreiches Gesetzeswerk zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen — Der Reichstag entscheidet über das Pensionskürzungsgezet und den Reichshaushalt

U. Berlin, 2. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat die ihm von der Reichsregierung vorgeschlagene Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen auf Grund Art. 48 der Reichsverfassung gestern in den späten Abendstunden vollzogen und zur Verkündung an das Reichsgesetzblatt weitergeleitet.

Der Reichspräsident hatte zuvor den Reichskanzler Dr. Brüning zu einem abschließenden Bericht über die Vorschläge der Reichsregierung empfangen. Reichspräsident von Hindenburg dankte dem Reichskanzler für die geleistete mühevollen Arbeit und bat ihn, diesen Dank auch den Reichsministern und ihren Mitarbeitern sowie dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther zu übermitteln.

Die Besprechungen mit den Länderministern fanden gestern nachmittag statt. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hielten mit zahlreichen Länderministern und den wirtschaftlichen Sachverständigen des Reichsrats eine vertrauliche Besprechung über die gesamten Finanzfragen ab.

Der Inhalt der Notverordnung.

Die neue Notverordnung besteht im wesentlichen aus drei Teilen. Zunächst enthält sie auf Grund der inzwischen gesammelten Erfahrungen und wertvoller politischer Anregungen gewisse Abänderungen der Notverordnung vom 26. Juli. Insbesondere hinsichtlich der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Gemeindefinanzen. Sodann umfasst die neue Notverordnung den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung, wie er inzwischen vom Reichsrat verabschiedet ist. Insofern sind gewisse Abänderungen vorgenommen worden, als verfassungsändernde Bestimmungen ausgedrückt worden sind. Der dritte bedeutende Teil der Notverordnung umfasst Maßnahmen zur Stärkung der notleidenden Landwirtschaft. In diesem Abschnitt sind zur Sicherung der heimischen Produktion gewisse Zolländerungen vorgezogen, ferner wichtige Bestimmungen in das Brotgesetz ein- und u. a. hinsichtlich des Weimischungszwanges beigelegt, und in die Vorschriften des dem Reichstag bereits vorgelegten Handelsklassengesetzes aufgenommen worden.

Die gesamte Notverordnung gliedert sich in neun Teile, und zwar mit den Untertiteln: 1. Änderung der Notverordnung vom 26. Juli 1930; 2. Sicherung des Haushalts; 3. Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung; 4. Senkung von Realsteuern und Verkehrssteuern; 5. Finanzausgleich; 6. Fragen der Reichsbank, der Golddiskontbank und der Rentenbank; 7. Wohnungswirtschaft; 8. Schutz der Landwirtschaft und schließlich 9. Vereinfachung und Erparnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege.

Wie amtlich mitgeteilt wird, wird von einer weiteren Einzelbegründung der Notverordnung in Gestalt einer amtlichen Verlautbarung im Augenblick abgesehen, zumal der Wirtschafts- und Finanzplan, der den weiteren Inhalt der Notverordnung bildet, bereits am 30. September ds. Js. eine eingehende amtliche Begründung erfahren hat. Eine Ergänzung der Begründung der neuen Notverordnung behält sich die Reichsregierung für die unmittelbar bevorstehenden Beratungen des Reichstages vor, der sich bekanntlich vom 3. Dezember ab mit der ersten Lesung des Reichshaushaltsplanes 1931 befassen wird.

Ueber den Inhalt der Notverordnung können noch folgende Einzelheiten mitgeteilt werden:

1. Die Änderung der Notverordnung vom 26. Juli 1930 erstreckt sich auf die Maßnahmen, die zur Sanierung der Gemeindefinanzen vorgezogen waren (Bürgersteuer), und sehen eine wesentliche Milderung der Krankenscheingebühr vor. Die Bürgersteuer, deren Einführung den Gemeinden freigestellt ist, wird entsprechend dem Einkommen nach der Höhe gestaffelt. Arbeitslose werden von der Zahlung der Bürgersteuer befreit. Die Änderung der Krankenscheingebühr besteht darin, daß Erwerbslose, Unterstützungsempfänger und Schwerkranken von der Zahlung der Krankenscheingebühr befreit werden.

2. Die Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts sehen die bereits mehrfach angekündigte Ausgabenreduktion, die Gehaltskürzung in Form einer Besoldungssteuer, die angekündigte Tabaksteuer, sowie die Zuschläge zur Einkommensteuer für 1931 und die Ledigensteuer vor. Die Beamtengehaltskürzung erfolgt lediglich für das Reich in Form einer Sondersteuer, die nicht verfassungsändernd ist, während den Ländern lediglich die Ermächtigung gegeben wird, für ihre eigenen Beamten und für die der Gemeinden eine ähnliche Senkung zu schaffen. Das sogenannte Lafondgesetz, das die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden für die nächsten drei Jahre auf die Höhe des Haushalts für 1931 festlegen sollte, ist

gleichfalls geändert worden. Die Ausgabenbegrenzung wird sich auf Grund der Notverordnung auf das Reich beschränken. Jedoch erhalten auch die Länder eine Ermächtigung für ihr eigenes Finanzgebaren gleichlautende Bestimmungen gesetzlich einzuführen.

3. Die Bestimmungen über die Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung, das sogen. Kleinvermögenssteuergesetz, umfaßt Bestimmungen, die sich auf die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die Steueranpassung und die Umsatzsteuer beziehen. Ferner wird eine Erhebung über die Steuerpflicht der öffentlichen Betriebe angeordnet und die Reichsregierung ermächtigt, eine allgemeine Amnestie für Steuervergehen zu einem ihr genehmen Zeitpunkt zu erlassen, und zwar nach Zustimmung des Reichsrates. Die sogen. Kleinvermögenssteuer setzt die Freigrenze für die Vermögen auf 20 000 Mark fest. In der Umsatzsteuer wird die Freigrenze auf 5000 Mark festgesetzt. Die Landwirtschaft braucht bei Einkommen bis zu 6000 Mark nur noch Realsteuern zu zahlen. Das Reichsfinanzministerium verspricht sich von diesen Maßnahmen Erparnisse, die bis zu 50 Millionen Mark betragen sollen.

4. Der vierte Abschnitt beschäftigt sich mit der Senkung der Real- und Verkehrssteuern. Die Börsenumsatzsteuer soll jedoch bestehen bleiben, Realsteuererhöhungen nach dem 31. Dezember ds. Js. sollen nicht mehr erfolgen dürfen.

5. Die Ergänzungsbestimmungen zum geltenden Finanzausgleich regeln die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuern und sehen eine wesentliche Kürzung der Ueberschüsse an die Länder und Gemeinden vor.

6. Kapitel 6 der Notverordnung regelt die Verteilung des Reingewinnes bei der Reichsbank neu, sieht eine Umgestaltung der Golddiskontbank vor, sowie die Liquidierung der Rentenbankföhrlicheine.

7. Kapitel 7 enthält Bestimmungen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus, Bestimmungen zwecks Uebernahme von Bürgschaften beim Wohnungsbau, sowie endlich vorbereitende Anordnungen, die die allmähliche Beseitigung der Zwangswirtschaft für Wohnungen erstreben.

8. Kapitel 8 enthält eine ganze Fülle von landwirtschaftlichen Bestimmungen. Den Kern des neuen Agrarprogrammes bilden bekanntlich die Erhöhung des Futtermittelzolls, die Festsetzung des Kleiezolls auf 10 Mark und die Vereinfachung des Hirsezolls. Das Brotgesetz wird wie folgt geändert: Für Weizenroggenbrot über 2000 Gramm wird ein Beimischungszwang von 30 Prozent Roggen eingeführt, als Streumehl darf künftig nur noch Roggenmehl verwendet werden. Alle Bäckereien werden verpflichtet, Roggenbrot auszugeben, alle öffentlichen Gastwirtschaften und Hotels dürfen in Zukunft nur noch Roggenbrot verkaufen. Ferner wird die Erlaubnis erteilt, bis zu 10 Prozent Kartoffelmehl zu allem Gebäck hinzuzumischen. Das Reichsernährungsministerium beabsichtigt jedoch noch weitere Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft zu ergreifen, wie z. B. den Verwendungszwang für einheimische Hefe und einheimischen Hopfen einzuführen, die Speck- und Schmalzölle von 6 auf 10 Mark zu erhöhen. Endlich wird das Handelsklassengesetz eingeführt.

9. Die Bestimmungen über die Vereinfachung und Erparnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege sollen gewisse Erparnisse im Reichsjustizhaushalt ermöglichen.

Die Notverordnung enthält somit nicht das Pensionskürzungsgezet und den Haushalt für 1931. Die Entscheidung über diese beiden Gesetze fällt somit der Reichstag.

Der neue Kurs der Volkspartei

Die DVP für das Kabinett Brüning.

— Berlin, 2. Dez. Die Beratungen des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurden durch den neuen Parteiführer Dingeldey mit einer Rede über die politische Lage eingeleitet, in der der Parteiführer zunächst ein volles Bekenntnis zur Politik des Kabinetts Brüning ablegte. Im Mittelpunkt des Referats stand eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dindeldey hält es nicht für gangbar, den Staat auf den Nationalsozialismus zu stützen. Die größte Gefahr in ihm sei die Verbindung der nationalen und sozialistischen Gedankengänge. Mit dem internationalen Sozialismus würde man schon fertig. Aber die Verquickung von Nationalem und Sozialistischem bedeuete eine ungeheure Gefahr. Nur auf dem Boden der Privatwirtschaft, des Privatigentums und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung könne die Rettung Deutschlands in Angriff genommen werden. Vom Nationalsozialismus kam Dr. Dingeldey dann zu

Tages-Spiegel

Der Reichspräsident hat die neue Notverordnung unterzeichnet, nachdem die Vorlage in der gestrigen Kabinettsitzung so abgeändert worden war, daß sie nicht verfassungsändernd ist.

Die deutsche Delegation in Genf stellte den Antrag, die allgemeine Abrüstungskonferenz auf den 2. November 1931 einzuberufen.

Der litauische Gesandte hat in Berlin Beschwerde erhoben, daß in Ostpreußen Memel als deutsches Land bezeichnet wurde.

In der Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei bekannte sich der neue Parteiführer Dingeldey zur Politik des Kabinetts Brüning.

Der Satz für die Vermahlung des inländischen Weizens ist für die Monate Dezember und Januar auf 80 v. H. festgesetzt worden.

Wie aus Oslo berichtet wird, ist dort der verbannte russische Revolutionär Trotski eingetroffen; der Zweck seines Aufenthaltes ist nicht bekannt.

„Do. X.“ wurde auf der Marinewerft in Pissahon eingebaut. Die Reparaturarbeiten dürften drei Wochen in Anspruch nehmen.

dem Begriff der Sammlung des Bürgertums. Der neue Führer der Partei betonte: Wir lehnen Bündnisse nach der einen oder anderen Seite ein für allemal nicht ab. Aber unsere Aufgabe ist nicht das Optieren für links oder rechts, sondern die eigene Richtung, den eigenen Gedanken gut auszubauen. Selbstverständlich muß das andere Ziel eine Sammlung aller bürgerlichen Elemente sein. Aber alle Versuche, das vom Parlament aus zu tun, hätten zu unterbleiben. Durch Neubelebung des eigenen Geistes, des Selbstvertrauens und Selbstbewußtseins will Dingeldey zu neuen Aufgaben führen. Diesem Zweck soll auch ein Aktionsprogramm dienen, das in den ersten Monaten des kommenden Jahres ausgearbeitet werden soll. An der Spitze steht die Forderung: Reichsreform, Aenderung des Wahlrechts im Sinne einer Heraushebung des Wahlalters.

Deutscher Antrag auf Einberufung der Abrüstungskonferenz

Deutschland beantragt Einberufung der Abrüstungskonferenz.

Graf Bernstorff hat im Abrüstungsausschuß den Antrag eingebracht, der Abrüstungsausschuß solle beschließen, die Konferenz zur Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen sobald wie möglich zusammenzutreten zu lassen und dem Völkerrundrat die Einberufung der Konferenz zum 2. November 1931 vorzuschlagen. Zur Begründung wird insbesondere auf einen Beschluß des Abrüstungsausschusses der Völkerrundversammlung vom September ds. Js. hingewiesen, in der ausdrücklich der Wunsch nach einem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz im Laufe des Jahres 1931 ausgesprochen wurde.

In maßgebenden Abgeordnetenkreisen des Abrüstungsausschusses wird zur Zeit die Einberufung der großen Abrüstungskonferenz nach Wien erwogen. Man nimmt an, daß der Völkerrundrat auf der Januartagung die Abrüstungskonferenz zum 1. Februar 1932 einberufen wird.

Senkung der Postgebühren

U. Berlin, 2. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichspostministerium sind die Vorarbeiten wegen Senkung der Postgebühren jetzt soweit gefördert, daß demnächst der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost mit der Vorlage befaßt werden wird. Wie verlautet, beabsichtigt die Reichspost die Gebühren für Drucksachen zu ermäßigen.

Lloydampfer „Ludwigshafen“ in Sicherheit

Im Hafen von Balboa eingetroffen.

U. Bremen, 2. Dez. Auf Grund einer Kabelmeldung aus Colon teilt der Nordde. Lloyd mit, daß der Dampfer „Ludwigshafen“ im Hafen von Balboa eingetroffen ist. Das Feuer im Schiff ist so gut wie gelöscht. Die erforderlichen Reparaturen werden an Ort und Stelle vorgenommen. Wann das Schiff die Heimreise fortsetzen kann, steht bisher noch nicht fest. Wie aus San Francisco berichtet wird, hat der englische Frachtampfer „Benford“ die Fahrgäste des Lloydampfers „Ludwigshafen“, die das brennende Schiff in Rettungsbooten verlassen haben, an Bord genommen.

Wahlen im Reich

Bürgerchaftswahlen in Bremen.

Das Gesamtergebnis der Sonntag stattgehabten Bürgerchaftswahlen im Staate Bremen ist folgendes: SPD. 62 515 (Reichstagswahl vom 14. September 1930: 73 670), 40 Mandate; DNVP. 11 461 (15 425), 6 Mandate; Zentrum 4819 (5335), 2 Mandate; Kommunisten 21 679 (25 861), 12 Mandate; DVP. 25 271 (36 153), 15 Mandate; Wirtschaftspartei 2302 (8553), 2 Mandate; Staatspartei 7776 (12 786), 5 Mandate; Haus- und Grundbesitzer 8730 (nicht aufgestellt), 5 Mandate; Nationalsozialisten 51 324 (26 137), 32 Mandate; Konservative Volkspartei 1894 (nicht aufgestellt), 1 Mandat.

Die Wahlen zum Landesauschuss für den oldenburgischen Landesteil Lübeck.

Für den Landesauschuss des oldenburgischen Landesteiles Lübeck wurden insgesamt folgende Stimmen abgegeben: Bürgerliche 4148 (bei den letzten Wahlen 1927: 10 522 und bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 8258); Nationalsozialisten 8484 (0, 7559); Sozialdemokraten 8610 (8484, 9756); Kommunisten 1354 (360, 1724).

Stadtverordneten- und Kreisstadtagwahl in Bielefeld.

Die Gemeindevahlen in Bielefeld haben folgende Ergebnisse gezeitigt: SPD. 22 Sitze, bisher 19; Deutschnationale 2 Sitze (3); Zentrum 2 Sitze (2); Kommunisten 3 Sitze (2); DVP., konservative Volkspartei und Volkskonservative Vereinigung zusammen 3 Sitze (9); Staatspartei 0 (2); Wirtschaftspartei 3 Sitze (5); Nationalsozialisten 12 Sitze (2); Evangelischer Volksdienst 2 Sitze (2).

Die Wahlen zum Kreisstag Bielefeld-Land ergaben eine bürgerliche Mehrheit. Von den 25 Mandaten fielen 14 auf die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten, 10 auf die Sozialdemokraten, 1 auf die Kommunisten. Im Ganzen ist folgendes Ergebnis zu verzeichnen: SPD. 13 575 (14. September 1930: 15 100), 10 Mandate, bisher 14; DNVP. 3317 (5300), 3 Mandate (4); Zentrum 676 (800), 0 Mandat (1); Kommunisten 3379 (2000), 1 Mandat (1); DVP. und konservative Volkspartei 2016 (1900 bzw. 400), 2 Mandate (3 bzw. 0); Staatspartei 334 (900), 0 Mandat (1); Nationalsozialisten 6403 (5100), 5 Mandate (0); Evangelischer Volksdienst 3544 (3950), 3 Mandate (2); Wirtschaftspartei 933 (1250), 1 Mandat (2).

Die Nationalsozialisten fordern Neuwahlen

In München erklärte Gregor Strasser über die Haltung der NSDAP. beim Reichstagszusammentritt als Bevollmächtigter der Partei offiziell: Wir waren nach dem 14. September bereit, eine Rechtskoalition einzugehen, obwohl wir in einer Koalition nur den Bruchteil unseres Programmes hätten verwirklichen können. Aber wir verlangten solche Posten, auf denen wir auch arbeiten können (Reichsinnenministerium, Reichswehrministerium). Jetzt sei man nicht mehr bereit, in eine Regierung hineinzugehen. Man übernehme nicht die Verantwortung unter dem Schutz der Anonymität. Die Koalition, die zuerst die Notverordnungen veränderte und dann eventuell an die Nationalsozialisten herantrete, weil die Sozialdemokratie nicht mehr mitmachen wolle, käme nicht in Frage. Die Nationalsozialisten verlangten Neuwahlen. Die Neuwahl des Reichstages sei die Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung der NSDAP., sie müsse sich nicht auf das Reich beschränken, sondern auch auf Preußen ausdehnen.

Geländespiele sind erlaubt

Das Geraer Reichsbanner veranstaltete das Fuchs- und Jägerspiel.

U. Weimar, 1. Dez. Das Thüringer Reichsbanner erklärt zum Antrag des Innenministeriums auf Auflösung der Ortsgruppe Gera wegen der Veranstaltung militärischer Übungen, daß die Geraer Ortsgruppe, wie alljährlich, auch in diesem Jahre am Vortag einen Ausmarsch, verbunden mit einem Geländespil gehabt habe. Diese Geländespiele seien bisher entweder eine Schnitzjagd oder das Fuchs- und Jägerspiel gewesen. Da im vergangenen Jahre eine Schnitzjagd veranstaltet worden sei, habe man diesmal das Fuchs- und Jägerspiel durchgeführt. Vor 3 Jahren sei das gleiche Spiel bereits einmal von einem Gendarm als Übung verboten worden. Das Reichsbanner habe damals Einspruch erhoben. Von der Gendarmerie sei damals festgestellt worden, daß solche Geländespiele erlaubt seien.

Reichswehrministerium und militärische Übungen von Wehrverbänden.

Im „Demokratischen Zeitungsdienst“ wird im Zusammenhang mit den neuen Maßnahmen des thüringischen Innenministers gesagt, es verdiene bemerkt zu werden, daß das Reichswehrministerium es sich bisher stets habe angelegen sein lassen, bei Anzeigen wegen angeblicher militärischer Übungen von Wehrverbänden ein Strafverfahren wegen Landesverrats zu beantragen. In einer großen Anzahl von Fällen seien auf Grund dieser Anzeigen auch Strafverfahren eingeleitet. Das Reichswehrministerium erklärt hierzu folgendes: „Es trifft nicht zu, daß das Reichswehrministerium bei Anzeigen wegen angeblicher militärischer Übungen von Wehrverbänden ein Strafverfahren gegen den Anzeiger wegen Landesverrats beantragt habe. Anzeigen sind nur dann erfolgt, wenn fälschlicherweise behauptet wurde, daß die Reichswehr an angeblichen militärischen Übungen führend oder mit Truppen beteiligt gewesen sein soll. In diesen Fällen ist auch nicht Anzeige wegen Landesverrats, sondern wegen versuchten Landesverrats gestellt worden, weil durch die Behauptungen der Eindruck im Ausland erweckt werden konnte, als wenn die Reichswehr gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags verstoßen hätte, was tatsächlich nicht der Fall war.“

Amerikanischer Film trotz Einspruchs des Reichswehrministeriums zugelassen.

Der amerikanische Film „Im Westen nichts Neues“ wurde vor wenigen Tagen der Filmprüfstelle in Berlin vorgelegt. Er ist für Deutschland neu bearbeitet und von denjenigen

Stellen, die in Deutschland Anstoß erregen konnten, nach Möglichkeit befreit. Der Sachverständige des Reichswehrministeriums mußte trotzdem feststellen, daß er auch in der veränderten Fassung das Ansehen der deutschen Wehrmacht und damit des Deutschen Reiches schädigt. Der Film wurde trotz des Einspruchs des Reichswehrministeriums von der Filmprüfstelle zugelassen.

Bombenleger in der Pfalz

U. Kaiserslautern, 1. Dez. In Pirmasens wurde eine Anzahl von Personen festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Dem Vernehmen nach handelt es sich bei den Verhafteten um Anhänger der KPD. Sie sind der Herstellung, Abgabe und Inbesitznahme von Bomben beschuldigt. Auch größere Waffensunde sollen gemacht worden sein. Es soll sich um einen groß angelegten kommunistischen Anschlagplan gegen die nationalsozialistische Bewegung handeln. Unter anderem soll ein Bombenanschlag auf die nationalsozialistische Gangschäftsstelle in Kaiserslautern geplant gewesen sein. Nach einer anderen Lesart soll auch Adolf Hitler anlässlich seines Besuchs in Kaiserslautern als Opfer ausseroren worden sein. Die Bewegung scheint in Pirmasens ihren Ursprung gehabt zu haben. Weitere Verhaftungen dürften bevorstehen.

Poincaré bleibt unbelehrbar

— Paris, 1. Dez. Poincaré, der seit der Erschütterung der Stellung des Kabinetts Tardieu in gut unterrichteten politischen Kreisen wieder häufig als künftiger Ministerpräsident Frankreichs angesehen wird, unternimmt im „Excelsior“ den Versuch, auf die Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius zu antworten. Dr. Curtius schreibt Poincaré, hätte sich zwar, die Reparationsverpflichtungen Deutschlands offen abzulehnen, aber er lasse durchblicken, daß die Finanzreform des Reiches nicht imstande sein werde, die Wirtschaftslage in Deutschland genügend wieder herzustellen und kündigt für diesen Fall die Möglichkeit eines Memoratoriums an.

Schließlich, bemerkte Poincaré, habe Dr. Curtius die Erklärungen Tardieus in der französischen Kammer über die Revisionsfrage falsch ausgelegt. Wenn Tardieu auf das Erfordernis der Einstimmigkeit nach Artikel 19 des Völkerbundespatentes hingewiesen habe, heiße das noch lange nicht, daß er a priori jede Möglichkeit einer Revision ablehne. Wenn vielmehr die beteiligten Staaten in freier Weise ihre Zustimmung dazu geben, so sei eine Revision der Verträge in einem bestimmten Punkt immer eine angenehme Lösung. Dabei bleibe allerdings die Gefahr bestehen, daß wenn die Revisionsfrage einmal angeschnitten ist, man nicht mehr werde halt machen können. Denn je mehr Zugeständnisse man Deutschland mache, desto größere Ansprüche und Forderungen erhebe es, und das sei nicht gerade als eine Garantie für die Zukunft des europäischen Friedens anzusehen.

England

verstoßt gegen die Gaskriegskonvention

U. London, 1. Dez. „Reynolds News“ enthält in einem längeren Artikel, daß die englische Regierung in der Versuchung für Gaskrieg in Porton in der Grafschaft Wiltshire ausgeübte Versuche mit der Herstellung von Gasen sehr gefährlicher Art anstelle, obwohl England die internationale Gaskriegskonvention unterzeichnet habe. Die Chemiker der Regierung suchten nach einem Gas, das in jede auch noch so gut konstruierte Gasmaske eindringen können. Die Versuche seien bisher nur mit Tieren gemacht worden. Jetzt würden sie aber auch fast täglich mit Soldaten durchgeführt.

Bergarbeiterstreik in Schottland

U. London, 1. Dez. Trotz der Bemühungen des Bergwerksministers Shinwell sind die Kohlenbergwerksbetriebe in Schottland am Sonntag abends stillgelegt worden. Der Minister hat sich an die Führer der Gewerkschaften gewandt, die sich aber weigerten, irgend welche Schritte zu Ausgleichsverhandlungen zu ergreifen. Grund des Streiks ist der Beschluß der Bergwerksbesitzer, eine Kündigung anzufügen zu lassen, die in 14 Tagen in Kraft treten sollte. Hiermit war die Bedingung verknüpft, daß die alte achtstündige Arbeitszeit und die gegenwärtigen Lohnsätze beibehalten werden sollen. Diesen Vorschlag nahmen die Bergarbeiter nicht an, weil sie hierin eine Verletzung des neuen Kohlengesetzes erblickten, nachdem am 1. Dezember der 7½-Stundentag gesetzlich eingeführt werden sollte.

Kleine politische Nachrichten

Der neue Zentrumsführer in Baden. Der Landesauschuss der badischen Zentrumspartei wählte an Stelle des verstorbenen badischen Zentrumsführers, Prälat Dr. Schofer, einstimmig den Präsidenten des Rechnungshofs und derzeitigen Chef der Zentrumspartei des badischen Landtags, Dr. Baumgärtner, zum Führer der badischen Zentrumspartei.

Zwangswise Einführung von Steuern in rheinischen Städten. Der Regierungspräsident von Köln hat die Bürgersteuer in den Städten Köln, Berg, Gladbach, Berg. Neustadt und Siegburg, die Gemeindefürsorge in Berg. Gladbach und die Gemeindegetränksteuer in Bonn unter Zustimmung des Bezirksausschusses eingeführt. Die Nachprüfung der Finanzlage der genannten Städte hat, wie es in dem amtlichen Bericht des Regierungspräsidenten heißt, ergeben, daß die Einführung der erwähnten Steuern zur Verminderung der vorhandenen Fehlbeträge auf keine Weise zu vermeiden war. Unter diesen Umständen war die Einführung der Bürgersteuer durch die Aufsichtsbehörde bis zum 30. November geboten.

Zwischenfall vor der Bremer Reichswehrkaserne. Vor der Bremer Reichswehrkaserne in der Neustadt ereignete sich ein folgenschwerer Zwischenfall. Eine größere Gruppe von Reichsbannerleuten versuchte Waffmaterial und Flugblätter über das Kasernenportal zu werfen. Hierbei fiel plötzlich ein Schuß, der einen Reichsbannermann niederstreckte. Ein Un-

terfeldeweil soll den Schuß abgegeben haben, da er sich von der Menge angegriffen fühlte.

Zunahme des Tabaksmuggels? Die bevorstehende Erhöhung des Tabakzolles bereitet den Zollbeamten einigen Kummer. Es ist nämlich zu befürchten, daß diese Zoll-erhöhung eine Verstärkung des Grenzsmuggels an Tabak-waren nach sich ziehen wird, der ohnehin schon eine noch nie dagewesene Höhe erreicht hat und dessen Bekämpfung umso schwieriger ist, als im Durchschnitt auf einen Kilometer der Reichsgrenze nur ein Grenzbeamter entfällt. Allein im Monat September sind in dem Bezirk eines Hauptzollamtes 418 000 Zigaretten, 2000 Zigarren 13 000 Päckchen Zigarettenpapier und 70 Kilogramm Tabak beschlagnahmt worden.

Schlägerei bei einer sozialdemokratischen Versammlung. In einer von der SPD. in Eutin veranstalteten Versammlung kam es zu einer wilden Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. Nach einer Mitteilung der Eutiner Polizei wurden bei dem Zusammenstoß etwa 40 bis 45 Personen verletzt, in der Hauptsache Nationalsozialisten.

Die Genfer Wirtschaftskonferenz abgeschlossen. Die europäische Wirtschaftskonferenz ist mit der Unterzeichnung der Schlusssakten durch die sämtlichen anwesenden 26 europäischen Regierungsvertreter abgeschlossen worden. Das wesentliche Ergebnis der Konferenz liegt in den abgeschlossenen direkten Verhandlungen Englands mit den am englischen Warenaustausch interessierten Regierungen zur Herabsetzung der Zolltarife, in der Vorbereitung der Verhandlungen der süd- und westeuropäischen Staaten mit den Abnehmerstaaten über Vorzugsbedingungen für den Absatz der landwirtschaftlichen Überschüsse dieser Länder, ferner in der Aufrechterhaltung des Zollmassenstillstandsabkommens durch Verlängerung der Ratifizierungsfrist bis zum 25. Januar 1931.

England und der deutsche Protest gegen Polen. Der deutsche Protest wegen der Terrorakte in Ostoberschlesien wird sich, wie man in London annimmt, auf das Völkerbundsabkommen über Oberschlesien als rechtliche Grundlage stützen. Da dieser Vertrag in einigen Jahren abläuft, könnten die Verhandlungen möglicherweise auch den Anlaß bilden, um die Frage der weiteren Zukunft Oberschlesiens anzuknüpfen. In London meint man jedoch, daß diese Frage von der Behandlung der deutschen Beschwerde wegen der gewalttätigen Unterdrückung der Deutschen in Oberschlesien verhandlungsmäßig getrennt werden müßte. Der englische Konsul in Katowitz, Kos, ist aufgefordert worden, Material zusammenzustellen und auf dem Wege über die Botschaft in Berlin nach London zu schicken.

Aus aller Welt

Bei Obersdorf tödlich abgestürzt.

Der 13jährige Otto Duschner aus Bücklingen, der sich im Kinderheim bei Mittelberg im Walserthal zur Erholung aufhielt, ist von der Gehrspitze bei Rieslern etwa 100 Meter tief abgestürzt. Er blieb mit zerstückelter Schädeldecke tot liegen. Die Leiche konnte geborgen werden.

Untererschlagungen.

Als im Kölner Hauptbahnhof die Bezüge für die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen ausgezahlt werden sollten, stellte es sich heraus, daß der Zahlbeamte nicht zum Dienst erschienen war. Die Nachforschungen nach dem Verbleib des Beamten, eines jüngeren Betriebsassistenten, der seit Jahren zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten mit diesem Posten betraut war, haben ergeben, daß er mit dem ihm anvertrauten Gelde in Höhe von 29 000 RM. in einem Kraftwagen nach Düsseldorf gefahren ist. Man vermutet, daß er nach Holland flüchtete.

In Berlin hat sich der Bankier Securinus dem Polizeipräsidenten mit der Angabe gestellt, daß er 200 000 RM. Depotgelder unterschlagen habe. Securinus wurde festgenommen. Die Bücher des Bankhauses sind beschlagnahmt worden.

Ein Zugunfall auf dem Bahnhof Lüneburg.

Wie aus Hannover berichtet wird, fuhr der von Harburg nach Uelsen verkehrende Personenzug 820 bei der Einfahrt in den Bahnhof Lüneburg auf der Westseite auf zwei im Nebengleise stehende Güterwagen auf, wobei der Personenzug und drei Personenwagen des Zuges entgleisten. Der Zugführer und der Heizer wurden durch Arm- und Beinverletzungen leicht verletzt. Von den Reisenden wurden 15 Personen leicht verletzt. Die Strecke Harburg—Lehrte war vorübergehend gesperrt.

Lastauto stößt mit Kleinbahnzug zusammen.

Auf der Berlin-Leipziger Landstraße ist an der Kreuzung mit der Deltischer Kleinbahn ein Lastautozug mit einem Kleinbahnzug zusammengefahren. Der Benzintank des Lastautos explodierte. Die beiden Kraftwagenführer erlitten schwere Brandwunden. Auch der Lokomotivführer und der Heizer wurden schwer verletzt. Der Kraftwagenführer ist inzwischen gestorben; der Zustand des Beifahrers ist sehr ernst, während sich die beiden Eisenbahnbeamten außer Lebensgefahr befinden.

Frecher Raubüberfall.

Wie aus Altenstein gemeldet wird, wurde in Niedbach im Kreise Rüssel ein frecher Raubüberfall verübt, wobei eine Frau niedergeschossen wurde. Als der Altbürger Josef Krüger seine Schweine fütterte, kamen plötzlich zwei Männer auf seinen Hof und sperzten ihn im Schweinefall ein. Als Krüger die Tür erbrach und in seine Wohnung lief, stellte er fest, daß diese von den Räubern durchwühlt worden war. Er sah noch, wie die Räuber durchs Fenster sprangen und in die Nacht hinausliefen. Auf der Chaussee trafen die Räuber Frau Pauline Wilgopowski, die sich auf dem Wege nach Hause befand. Als sie die Männer kommen hörte, knipste sie ihre elektrische Taschenlampe an. In diesem Augenblick fiel ein Schuß und die Frau sank schwer getroffen zu Boden. Es gelang der Polizei, die Täter, den Arbeiter Kleinschütz und den Kraftwagenführer Richard Goroliza zu ermitteln, bei denen auch die Mordwaffen und Einbruchgut aus dem Einbruch bei Krüger gefunden wurde. Als die beiden der schwerverletzten Frau gegenübergestellt wurden, legten sie ein Geständnis ab. Die Frau ist im Krankenhaus gestorben.

Aus Stadt und Land

Calw, den 2. Dezember 1930.
Brandfall.

Heute früh kurz nach 4 Uhr wurde durch einen Heizer der Deckenfabrik in dem im Hause des Mehlhändlers Adolf Duh in der Lederstraße befindlichen Laden der Fa. Thams u. Garß ein Brand entzündet, der noch rechtzeitig von der Hydrantenabteilung der Weckerlinie gelöscht werden konnte. Die Brandleitung hatte Bezirksfeuerlöschinspektor Riederer. Die in dem Laden lagernden Waren sind durch den starken Rauch unbrauchbar geworden. Der Schaden ist bedeutend, die Entstehungsurache noch nicht geklärt. Es muß als glücklicher Umstand bezeichnet werden, daß die Schaufensterläden des Geschäftes nicht geschlossen waren und so der Brand zeitig bemerkt werden konnte.

Verleihung der Medaille der König-Karl-Zubiläumstiftung.
Der Herr Staatspräsident hat die Medaille der König-Karl-Zubiläumstiftung für langjährige, treue und ersprießliche Dienstleistung in ihren Arbeitsstellen an Strickmeister Michael Hamman, Strickereiobermeister Johannes Vörcher, Stricker Christl Wilhelm Niepp, Stricker Wilhelm Moritz Schmele und Stricker Eugen Weber in Firma Ehr. Ludwig Wagner in Calw, an Holzhanerobmann Michael Hamberger und Holzhaner Gottlieb Umbeer beim Forstamt Dirjan, an Oberholzhaner Christoph Ezel und Oberholzhaner Daniel Erhardt beim Forstamt Bad Liebenzell verliehen.

Vom Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See.
Der geschäftsführende Reichsausschuß hat Frau Jugendrat Stiefel in Calw das Anerkennungszeichen des Vereins verliehen.

Der Schultheiß ist tot — es lebe der Bürgermeister!
Mit Beginn dieser Woche ist in Württemberg der altehrwürdige Schultheiß oder Schultheiß begraben worden, seit gestern herrscht auf dem Rathaus der Bürgermeister. Nach der jetzt in Kraft getretenen Württembergischen Gemeindeordnung vom 19. März 1930 ist die Amtsbezeichnung der Ortsvorsteher, unbeschadet erworbener Rechte, in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern Oberbürgermeister, in den übrigen Städten und Landgemeinden Bürgermeister. Ein Unterschied in der Bezeichnung der Ortsvorsteher in den kleineren und mittleren Städten und in den Landgemeinden findet nicht mehr statt. Die Ortsvorsteher dieser Gemeinden führen fernerhin allgemein die Amtsbezeichnung Bürgermeister.

Mit dem Verschwinden des Titels Schultheiß und Stadtschultheiß ist eine Amtsbezeichnung, die mit dem schwäbischen Volkstum eng verwachsen war, für immer gefallen. Jahrhundertlang hat sich diese Amtsbezeichnung, die früher auch in Norddeutschland gebräuchlich war, sich aber bald nur auf wenige Amts- und Dienstpersonen beschränkte, im schwäbischen Volkstum erhalten. Jedes Dorf und jede Stadt hatte seinen Schultheiß und die Einwohner wußten recht gut, welche Befugnisse dem Ortsvorsteher zukamen. Die Deutung des Titels Schultheiß ist verschieden. Der Name ist also so alt, daß die Deutung nicht mehr genau nachzuweisen ist und es ist begreiflich, daß eine solche Amtsbezeichnung nicht schon mit dem gleichen Tage, an dem die Verordnung auf dem Papier steht, von den Rathsherrn und im Volkstum verschwinden wird. Der Schultheiß (in Norddeutschland Schulze), dessen Bezeichnung von dem lateinischen Wort sculdarius oder scultotus abgeleitet wird, war ursprünglich der Beamte, welcher die Mitglieder einer Gemeinde zur Leistung ihrer Schuldigkeit anzuhalten hat, welcher also „heißt“ (heischen = fordern), was jemand schuldig ist. Später wurde diese Bezeichnung auf den Gemeindevorsteher übertragen. Nach einer anderen Deutung soll das Wort Schultheiß mit dem lateinischen Wort ultus zusammenhängen, wonach der Träger dieses Namens eine Schuld oder ein Vergehen zu rächen hätte. Sei dem, wie es wolle, fest steht, daß der „Schultheiß“ sich im schwäbischen Volk tief eingebürgert hat und daß Württemberg wieder um eine Eigenartlichkeit ärmer geworden ist. Im neuen Volksstaat Württemberg, wo man den inhaltsreichen und vielgesehenen „Oberamtman“ dem preußischen „Landrat“ geopfert hat, ist aus Gründen der Angleichung an die anderen Länder und aus den Bestrebungen nach Vereinheitlichung in diesem Frühjahr im württ. Landtag nach harten Kämpfen der Schultheiß gefallen. Nach der Umbildung der alten Staatsform glaubte man, es sei die Zeit zu einer Vereinfachung im Staatswesen gekommen, die Hoffnung hat getragen, den die Zahl neuer Amtsbezeichnungen, die oft ganz nichtsagend sind und die Tätigkeit des Amtsinhabers in keiner Weise erkennen lassen, hat ganz bedeutend zugenommen. Es ist eine Görung nicht bloß bei den Vätern, sondern auch bei der ganzen Verwaltung eingetreten.

Der Kampf um die Bezeichnung Schultheiß oder Bürgermeister wogte im württ. Landtag in diesem Frühjahr lange hin und her. Die Regierung selbst wollte den alten Titel beibehalten, aber die Landesversammlung der Ortsvorsteher forderte in der Mehrheit die Amtsbezeichnung Bürgermeister und zwar aus dem Grunde, weil man im großen deutschen Vaterlande, ja nicht einmal in der badischen und bayerischen Nachbarschaft keinen Schultheiß sondern nur einen Bürgermeister kenne. Auch seien nicht selten Verwechslungen möglich, da in Württemberg der Gemeindepfleger im Volksmund die Bezeichnung „Bürgermeister“ führe. Im Ausland kenne man die Amtsaufgabe und die Stellung des Schultheißern gar nicht. Der verstorbene Landtagsabgeordnete Dr. Schermann setzte sich mit gewichtigen Gründen für die Beibehaltung des alten Schultheiß ein. Es half aber nichts, die Parteien gaben dem Drängen der Sachleute nach und so wurde im Frühjahr der Schultheiß abgeschafft. Es waren übrigens schon früher Bestrebungen im Gange, den Titel Schultheiß zu ändern. Gerade vor 26 Jahren wollte der Landtag auf einen Kommissionsantrag hin die Bezeichnung Schultheiß abschaffen. Da setzte sich denn der Ulmer Prälat Demmler aus Heimat- und volkskundlichem Interesse für den Schultheißentitel ein und die Änderung wurde abgelehnt.

Nun haben die Landgemeinden einen „Bürgermeister“ und einen „Bürgermeister“, die Städte einen Bürgermeister und einen Stadtpfleger, vielleicht auch einen Rechnungsrat. Es wird lange dauern, bis sich der Titel Bürgermeister für den Ortsvorsteher eingebürgert hat, in den nächsten Jahren werden wohl die meisten Bürger noch zu ihrem Schultheiß oder Stadtschultheiß gehen, denn der Schultheiß ist nun einmal nach dem im schwäbischen Volk verankerten Begriff der Gemeindevorsteher und nicht der „Bürgermeister“ (der seitherige Gemeindepfleger). Die Zeit sährt aber rasch voran und wenn es auch lange ansetzen wird, bis sich das Land an die neue Ordnung gewöhnt hat, so wird doch auch der Titel Bürgermeister durchdringen und mit der Zeit volksmäßig werden, vorausgesetzt, daß die Ortsobrigkeit im neuen Staat bestehen bleibt.

In den letzten 100 Jahren haben vier Stadtschultheißen die Geschichte Calws geleitet. Es sind dies Stadtschultheiß Schmidt vom Jahre 1835 bis 1884, Stadtschultheiß Haßner von 1884 bis 1902, Stadtschultheiß König von 1902 bis 1918 und Stadtschultheiß Göhner von 1918 bis heute. Die Zahl der Stadtschultheißen wird mit Stadtschultheiß Göhner geschlossen und die Reihe der städtischen Bürgermeister mit Bürgermeister Otto Göhner eröffnet. Die Amtsbezeichnung selbst tut nichts zur Sache. Die Stadt Calw kann sich darüber freuen, daß sie ein Jahrhundert lang vier überaus tüchtige Stadtschultheißen gehabt hat, die bestrebt waren, der Stadt Bestes zu tun und das Wohlergehen der Bürger zu fördern. Möge auch unter dem jetzigen ersten Bürgermeister der Stadt, dessen Tätigkeit ja durch seine glänzende Wiederwahl bezeugt und anerkannt worden ist, die Stadt sich auch weiterhin glücklich entwickeln und die schlimmen Verhältnisse der Jetztzeit gut überstehen.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Ueber dem Festland liegt ein Hochdruckgebiet. Für Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig aufheiterndes und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Mit Lie's

und Sorgfalt muß man die Haare waschen und dazu nur das milde Liepion nehmen. - In das warme Liepionswasser tue 1 Liter nur 2 Eßlöffel voll Weinessig und dann werden die Haare noch prachtvoller! Ausdrücklich „Liepion“ verlangen. Preis 3/3 = 2 oder 3 Waschg. Es ist immer noch das günstigste Mittel zur Haarpflege.

Effringen, 1. Dez. Gestern abend gegen 10 Uhr wurde Feueralarm geblasen. Auf bisher unbekanntem Wege waren das Wohnhaus mit Scheune des Gottlob Deubler, Bauer und die Scheunen des Fr. Stahel, Bauer und Fr. Koller, Bauer bei der Kirche in Brand geraten. Die Feuerwehren, u. a. auch die Motorspritze von Nagold hatten durch die Kanalisationsarbeiten über die aufgegebenen Straßen ein erschwerendes Arrücken. Da an den Gebäuden selbst nicht mehr viel zu retten war, verlegte man sich auf den Schutz der Nachbaranwesen. Die Brandobjekte wurden gänzlich zerstört. In den Scheunen ging eine ansehnliche Menge Frucht zu Grunde, deren Besitzer teilweise nicht versichert sind. Der Brandschaden dürfte sich auf 28—27 000 RM. belaufen.

Bildberg, 1. Dez. Nun hat der Rinderschlachtbau sein erstes Ziel erreicht. Er ist im Rohbau fertiggestellt. Am Freitag und Samstag fügten die Zimmerleute zum Oberbau die Balken ineinander. Ehe sie mit dem Aufrichten begannen, fand in der Kirche ein kurzer Gottesdienst statt. Beim Nachtfest hielten Stadtpfarrer Dilger und die Kirchengemeinderäte Oberlehrer Reutshaler und Hausvater Thomash Ansprachen, die von Zimmermeister M. Haujer mit Worten des Dankes für die Anerkennung der Arbeit erwidert wurden.

Neuenbürg, 1. Dez. Am Samstag, 29. November, fand unter Leitung von Landrat Kempy die Ortsvorsteherwahl in Oberlengenhardt statt. Dabei wurde Georg Stahel, Landwirt in Oberlengenhardt, mit 86 Stimmen von 139 gültig abgegebenen Stimmen gewählt.

Engelsbrand, 1. Dez. Samstag abend kurz vor 10 Uhr brach in der Garage der Autovermietung Lutz durch einen Vergaserbrand an einem Personenzug ein Brand aus, der recht bedrohliche Formen annahm, jedoch von der Ortsfeuerwehr eingedämmt werden konnte, ohne daß die alarmierte Weckerlinie Neuenbürg in Tätigkeit zu treten brauchte. Dem Feuer zum Opfer gefallen ist der Dachstuhl der Scheuer, in der die Garage untergebracht war, sehr stark beschädigt wurde ein Lastkraftwagen, weniger stark ein kleinerer Daimler und ein Personenzug. Der Besitzer ist empfindlich geschädigt.

St. Pörsheim, 1. Dez. In der Nacht zum Samstag wurde ein Reichsbanner-Mann von einigen Nationalsozialisten auf dem Wege nach Hause überfallen. Der Überfallene trug leichte Stichverletzungen am Arm davon. In der Nacht zum Freitag wurde ein Polizeibeamter von Nationalsozialisten überfallen und mißhandelt. Der Überfallene mußte sich mit dem Säbel zur Wehr setzen. Der Anführer, Bürger, erhielt für seine Tat 25 Tage Gefängnis.

Stuttgart, 1. Dez. Bei der Bankfirma Albert Schwarz in Stuttgart, die Kredite in ansehnlichem Ausmaße gegeben hat (etwa 25 Mill. RM.), ist eine Verknappung der flüssigen Mittel eingetreten. Die im Zusammenhang mit dem Abziehen größerer Einlagen und der Schwächung eines Teils der Kundschaft ab 1. Dezember 1930 die Zahlungseinstellung und vorerst die Schließung der Schalter bedingte. Es wird ein Vergleich angestrebt, wobei an eine möglichst volle Befriedigung der kleinen Gläubiger gedacht ist, für die größeren dürfte nach den bis jetzt vorliegenden Ziffern eine Befriedigung von etwa 70—80 Prozent in Aussicht stehen.

St. Nottener, 1. Dez. Die Waldgenossenschaft Buchhalde hatte am Samstag abend im „Lamm“ die Holzverteilung vorgenommen. Beim Nachhausegehen gerieten Gemeinderat Joh. Striebel und der Waldschütze Peter Breitingler miteinander in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Breitingler Striebel aus kurzer Entfernung niederstieß. Lautlos sank Striebel zusammen. Ein Herzschlag hatte den sofortigen Tod zur Folge. Striebel hinterläßt eine Witwe mit zwei unmündigen Kindern, sowie seine hochbetagten Eltern. Breitingler, der ebenfalls verheiratet ist, legte sich nach der Tat nach Hause und legte sich zu Bett. Er wurde noch im Laufe der Nacht verhaftet.

St. Hülshof, 1. Dez. In der Nacht zum Samstag auf Sonntag sind zwei Kinder der am Samstag erst zugezogenen Schweizersechente Besel im Alter von zwei und sechs Jahren durch Gas- und Rauchvergiftung ums Leben gekommen. Die Kinder schliefen in einer Wohnküche. Als morgens um 3 Uhr der Schweizer in den Stall ging, fand er in der mit Rauch, der einem Holzfeuer entströmte, gefüllten Küche seine Kinder leblos vor.

Witlen auf Dem Felde

Roman von Fr. Lehne.

(6. Fortsetzung) (Nachdruck verboten.)

Die junge Gräfin war ein wenig rot geworden. „So meinte ich das doch nicht, Herr Doktor! Aber Krankenschwester —“ Sie schüttelte sich ein wenig. „Das ist so schwer! Das könnte ich nicht! So viel Selbstüberwindung gehört dazu.“

„Deren die holden Witlen auf dem Felde allerdings nicht fähig sind, Komtesse!“ entgegnete er mit leichtem Spott.

„Ah, dann halten Sie diese für überflüssig, für unnütz?“ Kampfeslustig blitzten Sannas Augen.

„Sagte ich das? Im Gegenteil — sie haben auch ihre Daseinsberechtigung. Wenn auch die Witlen auf dem Felde nicht arbeiten, nicht spinnen — so sind sie doch herrlicher als Salomo in seiner Herrlichkeit anzuschauen.“

„So hübsch, Herr Doktor?“ Mit spottendem Ton wandte sich Astrid zum ersten Male direkt an den Arzt.

„Man muß doch in allen Sätzen gerecht sein, gnädiges Fräulein!“ entgegnete er ruhig, den Blick ihrer großen blauen Augen voll erwidern.

„Und mit allen Wässern gewaschen und allen Händen gewischt!“ rief Sanna schnell.

„Sanna —“ mahnte Adelheide vorwurfsvoll. Sie war mondmalig so vorlaut und unbedacht, die Kleine.

„Haben Sie ein Bild von Ihrer Fräulein Braut bei sich, Herr Doktor?“

„Zufällig kann ich Ihrem Wunsche nachkommen, Komtesse.“ Er nahm aus seiner Brusttasche eine Postkartenphotographie, die Wiedergabe eines sehr sympathischen, sanften, klugen, aber nicht mehr ganz jungen Mädchengesichtes mit warm blickenden, großen, dunklen Augen. Schwärzentracht trug sie.

„So ganz von Hand zu Hand. „Wich, dich, ein wenig leidend sieht Ihre Fräulein Braut aus —“ bemerkte Adelheide.

„Sie ist von sehr harter Gesundheit. Besonders mit Rücksicht darauf habe ich mich entschlossen, hier zu bleiben; die reine frische Landluft wird sie kräftigen.“ „Das ist doch schwaches Ding sich gerade den schwersten Beruf ausgedacht hat, den es gibt!“ brummte der Graf. „Und es ist auch ich, die, solch hübsches Mädel und immer nur Kranke um sich.“

„Für die Kranken, Herr Graf, ist das Beste gerade gut genug! Und dann ist Krankenpflege auch der am meisten standesgemäße Beruf. Meine Braut ist die Tochter eines verstorbenen Majors; ihr einziger Bruder steht als Leutnant im Regiment seines Vaters. Die Mutter ist schon vor zehn Jahren gestorben! Was hätte sie als arme Offiziers-tochter anders werden können?“

„Man wußte nicht recht: war das, was er gesagt, seine Ueberzeugung, oder war es ironisch gemeint — seine Augen hatten so einen überlegenen, spottfunkelnden Blick.“

Astrid hatte zuletzt das Bild der Braut Doktor Rehsfelds in der Hand gehabt, jetzt gab sie es ihm zurück. Dabei berührten sich zufällig ihre Hände; hastig zog sie die ihre zurück.

„Ich bewundere den Mut der Dame, kann sie aber nicht verstehen. Ich könnte mich nie, niemals dazu entschließen, etwas mit Kranken zu tun zu haben — einen — Widerwillen hab ich sogar dagegen. Lieber möchte ich tot als krank sein.“

Kalk sah er sie an.

„Ich begreife es, gnädiges Fräulein! Bervöhrnten, reichen und gesunden Damen sind Krankheit und Not und Armut Begriffe, denen sie ganz fern und verständnislos gegenübersehen! Für den notleidenden Teil der Menschheit ist es aber ein Glück, daß nicht alle so denken! Und ich betrachte das, was Sie vorhin ge-

sagt haben, gnädiges Fräulein, von meinem Standpunkt als Arzt, dem nichts Menschliches fremd ist, weder physisch noch psychisch. — Ich betrachte es als ganz natürliche Abneigung des Gesunden gegen das Kranke — aber es wäre mir interessant zu wissen, welchen Beruf Sie sonst für standesgemäß für eine Offiziers-tochter halten?“

Sie hob die Schultern, hochmütig und geärgert durch seinen Sarkastischen, überlegenen Ton.

„Nun, ich meine, im Ausland ließe sich doch immer etwas Geeignetes finden! Maßgebend soll meine Ansicht aber dennoch nicht sein. Denn ich, als Witte auf dem Felde, bin in solchen Fragen gar nicht orientiert.“

„Ach, Fräulein Vermehren, haben Sie sich durch unseres Doktors Bemerkung vorhin getroffen gefühlt?“ lachte Graf Westersfeld. „Keine wie Sie repräsentiert so gut den Begriff „Witte“ — weiße Königsstie.“ Und wohlgefällig ruheten seine Augen auf dem schönen Mädchen.

„Sie erwähnen das Ausland, gnädiges Fräulein.“ antwortete Doktor Rehsfeld auf Astrids Bemerkung.

„Als ob vom Ausland alles Heil käme! Leider wird das in Deutschland so vielfach angenommen! — Mich empört es in tiefster Seele, wenn ich sehe, wie so viele Deutsche ihre nationale Würde vergessen, wie sie vergessen, was sie ihrem Vaterland schuldig sind. Englisch, Französisch ist Trumm! Die reichen, vornehmen Damen — oder was vornehm sein will — können nur Pariser Toiletten tragen, die Herren haben ihre englische Schneider! Die schöne Muttersprache ist zu einfach, zu gewöhnlich; mit allerlei Fremdwörtern muß sie daher aufgezupft werden! Ah, wie viele Sünden begehen wir Deutschen nur aus Gedankenlosigkeit und falscher Eitelkeit am eigenen Volk! Welche Unsummen fließen ins Ausland, die nutzbringend angebracht im Vaterland wirken würden! Machtet man uns aber wegen dieses Klavensinns? Nein, man verläßt uns nur!“ (Fortsetzung folgt.)

Vermischtes

Das Große Los ist zu teuer.

Wie ein Berliner Blatt erfahren haben will, ist der Verkauf der Lose der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie in einem Grade zurückgegangen, wie ihn niemand trotz der Lotteriereform für möglich gehalten hätte. Das lasse sich schon jetzt an Hand des Verkaufs zur ersten Klasse übersehen. Nur wenige ganz große Lottereeinsteher waren, so behauptet das Blatt, imstande, ihren Losbestand auszuverkaufen. Die mittleren und kleineren Einnehmer haben sämtlich einen beträchtlichen Teil, manche bis zu 40 und 50 Prozent, nicht unterbringen können. Besonders in den süddeutschen Ländern sei der Rückgang außerordentlich groß. Die meisten Lottereeinsteher haben die nicht untergebrachten Lose bereits an die Lotteriedirektion zurückgeschickt, die nach Behauptung des Blattes mindestens ein Viertel der Lose als unverkäuflich zurückhalten habe.

Sinkender Bierverbrauch.

Das deutsche Volk fängt an, derartig wenig Bier zu trinken, daß man beinahe von einer antialkoholischen Bewegung sprechen kann, ohne daß ein direktes Verbot vorliegt. Aber

es fehlt wohl das nötige Geld, und außerdem ist die ausgedehnte Sportbewegung daran schuld, daß die jungen Leute von jung auf daran gewöhnt werden, keinen Alkohol mehr zu sich zu nehmen. Seit der Erhöhung der Biersteuerfäße um rund 50 Prozent ist der Bierkonsum zurückgegangen: in Darmstadt um 31,1 Prozent, in Dresden um 26,8 Prozent, in Köln um 24,1 Prozent, in Stuttgart um 23,1 Prozent, in Berlin um 21,3 Prozent, in München um 20,2 Prozent, in Nürnberg um 18 Prozent, in Oberschlesien um 13,5 Prozent, in Schleswig-Holstein um 11,1 Prozent. Der geringe Konsumrückgang in Oberschlesien und Schleswig-Holstein erklärt sich daraus, daß dort an sich schon niemals viel Bier getrunken worden ist.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefmarken.

100 holl. Gulden	168,95
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	81,33

Börsenbericht.

Stuttg., 1. Dez. Die Börse zeigte heute eine feste Haltung bei geringem Geschäft.

Produktenbörse und Marktberichte

Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 1. Dez. Auslandsweizen 35,25-36,50 (35,50-37); Weizen 25,50 bis 26,75 (25,75-27); Gerste (19-23); Roggen (12-18); Hafer (14-15,50); Weizenmehl 43,25-43,75 (34,50-44); Brotmehl 31,25-31,75 (31,50-32); Kleie 8,50-8,75 (8-8,25); Weizenheu (5-6); Kleeheu (6-6,50); Stroh (3-3,50).

Berliner Produktenbörse vom 1. Dezember.

Weizen märk. 252-263; Roggen märk. 149-151; Gerste 194-216; Hafer 178-185; Hafer märk. 137-142; Weizenmehl 29,25-37; Roggenmehl 23,65-26,50; Weizenkleie 8,75-9,25; Roggenkleie 8,50-8,75; Viktoriaerbsen 24-31; fl. Speiseerbsen 23-25; Futtererbsen 19-21; Peluschken 19-20; Ackerbohnen 17-18; Widen 17-20; Rapskuchen 8,70-8,90; Weinkuchen 15-15,90; Trockenschnitzel 5,40-5,90; Sojafaschrot 13,20 bis 13,50; Speisekartoffeln weiße 1-1,25; rote 1,20-1,45; gelbfl. 1,40-1,70. Tendenz: fester.

Die festlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Betriebskosten in Betracht kommen. Die Schriftl.

Amtl. Bekanntmachungen

Entsprechend der Bestimmung des Artikels 91 der Gemeindeordnung vom 19. März 1930 (Reg. Bl. S. 45) über die Amtsbezeichnung der Ortsvorsteher führen die Geschäftsstellen sämtlicher Ortsvorsteher an Stelle der bisherigen Bezeichnungen „Schultheißenamt“ und „Stadt- / schultheißenamt“ mit dem Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung am 1. Dezember ds. Js. die einheitliche Bezeichnung

„Bürgermeisteramt“.

Calw, den 29. November 1930.

Oberamt: Rippmann.

Deutscher Sprachverein Ortsgruppe Calw

Am Samstag, 6. Dezember, abends 8 Uhr wird Herr Professor Dr. Streicher aus Berlin im Saal des Georgendäms einen

Vortrag

halten über

„Der Deutsche u. seine Sprache“

Eintritt frei.

Die Einwohnerschaft von Calw und Umgebung wird hierzu freundlichst eingeladen.

Notzweiler.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Stammheim, Gerichtsbezirks Calw belegenden, im Grundbuch von Stammheim Heft 416 a Abteilung I Nr. 4, 5, 8 bis 11 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des

Karl Friedrich Strinz, Bäckers (zulezt Fahrradhändler) in Stammheim

eingetragenen Grundstücke der Markung Stammheim im beigeigten Versteigerwert nach der gemeinderätlich. Schätzung vom 10. Oktober 1930:

Gebäude Nr. 224, 3 a 81 qm Wohnhaus, Scheuer, Schuppen und Hofraum samt Zubehör an der Gehlinger Steige, mit Wohnungsrecht belastet, 6000 RM.

Parz. Nr. 3533, 13 a 72 qm Hopfenacker im mittleren Eisenstahl, mit Ueberfahrtslasten, 150 RM.

Parz. Nr. 3538, 17 a 24 qm Acker im mittleren Eisenstahl, mit Ueberfahrtsrecht, 200 RM.

Parz. Nr. 2526, 3 a Baumwiese, 190 RM.

Parz. Nr. 2527, 1 a 27 qm Baumwiese, in inneren Mäusenwiesen, je mit Nießbrauch belastet, 75 RM.

Parz. Nr. 507, 7 a 32 qm Acker ob der Steinrenne, 50 RM.

am Donnerstag, den 4. Dezember 1930, nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus in Stammheim versteigert werden.

Es findet voraussichtlich nur ein Termin statt.

Vom Steigerer kann sofortige Sicherheitsleistung in verschiedener Höhe für sein Bargebot verlangt werden.

Kommisär: Bezirksnotar Hirth.

Immer weiße Zähne

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten.“ gez. C. Chudoba, Fr. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., und wesse jeden Ertrag dafür zurück.

Charakter-Beurteilung nach Ihrer Handschrift?

Eine ausführliche Beschreibung Ihrer Eigenschaften, besonderen Talente und Fähigkeiten nach wissenschaftlichen Erfahrungen der Graphologie und Astrologie, sowie sehr wertvolle Hinweise für eine erfolgreiche Lebensgestaltung erhalten Sie gegen Einsendung einer Schriftprobe und Ihres genauen Geburtsdatums für nur RM. 2,50.

Karl Bohrer, Altm (Donau) Postfach 355, (Ueberweisung des Betrags auf Postcheckkonto Stuttgart Nr. 37 944 oder gegen Nachnahme.)

Weihnachts-Verkauf

Spielwaren

20% Rabatt

Puppen

10% Rabatt

bei Einkäufen von Mk. 2.— an

J. Eberhard, Calw

Spielwaren, Schirme und Stöcke

Sie wollen sparen?

Dann konzentrieren Sie Ihre Werbung auf anerkannt gute Werbemittel. Bevorzugen Sie die Anzeige in der Tageszeitung.

Korbwaren

insbes. Wäsche-, Reise- u. Papierkörbe, Kinder- und Korbessel von Mk. 4.30 an, in größter Auswahl. Ehe Sie Ihren Weihnachtsbedarf decken, besichtigen Sie bitte mein reichhaltiges Lager.

Reichert an der Brück

Ein Mädchen sucht auf Weihnachten gute Stellung.

Nähere Auskunft auf der Gelsch.-St. ds. Bl.

Täglich frische Tafelbutter

Fr. Lamparter

Ich suche auf 15. Dez. für meinen Privathaushalt ein ordentliches fleißiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren aus guter Familie, welches nicht auf hohen Lohn sieht, indem Gelegenheit Kochkenntnisse zu erwerben geboten ist.

G. Rometsch Pension Stolzenfels Wildbad.

Verlaufen hat sich ein

Wolfshund

auf den Namen Prinz gehend. Abzugeben gegen Belohnung bei

Sah. Bohnenberger, Bielefeldberg.



Verlaufen hat sich mein langhaariger

schwarzer

Dachshund.

Abzugeben gegen Mk. 10.— Belohnung bei

Abolf Gropp, Koberdorf D./N. Nagold.

Die Geburt eines kräftigen

Stammhalters

zeigen in großer Freude an

Stadtbaumeister Schöttle u. Frau

1. Dezember 1930.

Städt. Hausfrauenverein Calw.

Heute abend



gemütlich Beisammensein

im Gasthaus zum „Abler“.

Mitglieder Töchter mitbringen.

Mütterberatungsstunde

morgen Mittwoch, den 3. Dezember 1930, nachmittags 3-4 Uhr, im Hause der Frau Ludwig Schütz Witwe, Bischofsstraße, Erdgeschloß links.

Bad Liebenzell

Im Wege der

Zwangsvollstreckung

versteigere ich am Mittwoch, den 3. ds. Mts. vorm. 10 Uhr gegen bare Bezahlung:

je eine große Partie Strümpfe, Kinderkleider Röckchen und Mittel, sowie ca. 30 m Samt.

Zusammenkunft b. Rathaus Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw Dnngemach.

Gitterflausch

in vielen Farben vorrätig

Muster

stehen zur Verfügung.

Auf Krazen

vorgezeichnete u. fertige

Handarbeiten gebe

10% Rabatt

Stickerispitzen

20% Rabatt

N. Hetzler.

Tafel - Äpfel

1 Pfd. 35 Pfg. bei 10 Pfd. 34 Pfg.

Wurster

am Markt.

Nähmaschinen

Motor- u. Fahrräder

Radio

Grammophone

Schallplatten

Reparaturen

Chr. Roller

Althengstett.

Bis heute abend 7 Uhr

gebe ich auf beinahe sämtliche Waren bei Barzahlung einen Rabatt von

20 Prozent

Paul Räuchle, am Markt, Calw

Webwaren. Fertige Herren- und Knabenbekleidung